

---

# Jobbrücke PLUS

Integration von Asylbewerber\*innen  
und Flüchtlingen in Arbeit und  
Ausbildung in/für Sachsen-Anhalt

---

**Beratung**

**Vermittlung in Arbeit  
und Ausbildung**



Das Projekt Jobbrücke PLUS besteht aus 4 Teilprojektträgern in Sachsen-Anhalt unter der Koordination der AWO SPI GmbH und agiert in Kooperation mit strategischen Partnern.

**Laufzeit: 01.07.2015 - 31.12.2021**

---

## **Unsere Zielgruppe**

- erwerbsfähige erwachsene Asylbewerber\*innen mit Aufenthaltsgestattung
- Geduldete Personen mit zumindest nachrangigem Zugang zum Arbeitsmarkt
- Flüchtlinge mit Aufenthaltstitel
- jüngere Flüchtlinge
- unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

## **Unsere Ziele**

- Integration von Asylbewerber\*innen und Flüchtlingen in Arbeit
- Verbesserung der Integrationschancen von jungen Flüchtlingen in Ausbildung
- Erhöhung der Nachhaltigkeit eines Beschäftigungs- bzw. Ausbildungsverhältnisses der o.g. Zielgruppe
- Vermittlung in Sprachkurse
- Erhöhung der Bereitschaft der regionalen Unternehmen zur Einstellung

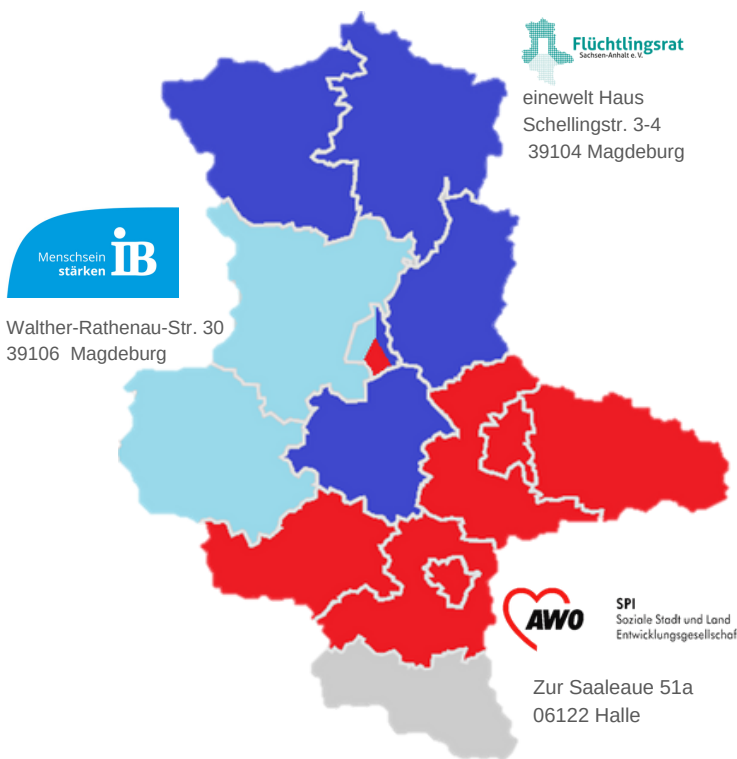
## Unsere Projektangebote

- arbeitsmarktbezogene individuelle Beratung
- Vermittlung in Arbeit und Ausbildung
- Begleitung der Teilnehmenden und der Unternehmen während der Qualifizierung und des Beschäftigungs- bzw. Ausbildungsverhältnisses
- Qualifizierungen mit Sprachanteil und Kompetenzfeststellung
- Schulungen der Agentur für Arbeit und Jobcenter zum Zugang unserer Zielgruppe zum Arbeitsmarkt



# Projektaktivitäten in Sachsen-Anhalt

---



einewelt Haus  
Schellingstr. 3-4  
39104 Magdeburg



Walther-Rathenau-Str. 30  
39106 Magdeburg



SPI  
Soziale Stadt und Land  
Entwicklungsgesellschaft

Zur Saaleaue 51a  
06122 Halle

Der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. setzt sich für die Anerkennung der Rechte von Flüchtlingen und die Verbesserung ihrer Lebenssituation ein.

Mit seiner Arbeit setzt sich der Verein für die Menschenrechte und die Unterstützung von geflüchteten Menschen ein.

Seit 1994 arbeitet der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt e.V. landesweit zu den sozialen und rechtlichen Probleme von Menschen mit Fluchterfahrung und tritt damit auch Rassismus und Diskriminierung entgegen:

- \* mit Aktionen, Kampagnen, Veranstaltungen in der Öffentlichkeitsarbeit
- \* mit Forderungen an politische Entscheidungsträger\*innen, in der Beratung für geflüchtete Menschen und Multiplikator\*innen, sowie Vermittlung an Beratungsstellen und Rechtsanwält\*innen
- \* durch Anträge an den Rechtshilfefonds von Pro Asyl
- \* in Netzwerken mit Initiativen, Organisationen und Beratungsstellen
- \* in der Unterstützung von Selbstorganisation

Die Arbeit des Flüchtlingsrats Sachsen-Anhalt e.V. umfasst die Analyse der bundesdeutschen Flüchtlingspolitik mit ihren Gesetzen und politischer Praxis. Dazu gehören die Asylpolitik und ihre Gesetze, das Bleiberecht, Unterbringung von geflüchteten Menschen und ihr Zugang zu staatlichen Leistung.

Aber auch die gesellschaftliche Teilhabe, systematische Diskriminierung und Rassismus sind Themen, mit denen sich der Flüchtlingsrat auseinandersetzt und politisch positioniert.

[www.fluechtlingsrat-lsa.de](http://www.fluechtlingsrat-lsa.de)

---

# Ihr Team vor Ort

## Büro Magdeburg

einewelt Haus  
Schellingstr. 3-4  
39104 Magdeburg

**Christine Bölian**

0391/50549613

[christine.boelian@fluechtlingsrat-lsa.de](mailto:christine.boelian@fluechtlingsrat-lsa.de)

**Dr. Samir Mulla Osman**

01590 1312612

[samir.mulla-osman@fluechtlingsrat-lsa.de](mailto:samir.mulla-osman@fluechtlingsrat-lsa.de)

# Koordination



**SPI**

Soziale Stadt und Land  
Entwicklungsgesellschaft

---

## Marina Girev

Walther-Rathenau-Str.12 | 06749 Bitterfeld  
03493 / 82 47 100  
01590 / 44 99 793  
m.girev@awo-spi.de

## Christiane Maue

Zur Saaleaue 51a | 06122 Halle  
0345 / 68 69 48 13  
c.maue@awo-spi.de

[www.jobbruecke-plus.de](http://www.jobbruecke-plus.de)



ESF Projektverbund Jobbrücke PLUS

Das Projekt „Jobbrücke PLUS“ wird im Rahmen der ESF-Integrationsrichtlinie Bund im Handlungsschwerpunkt „Integration von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen (IvAF)“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds gefördert.